

**Beschlussempfehlung
an die Stadtverordnetenversammlung**

14. September 2017
1 von 1

**Rechtsgutachten betr. Verpflichtung der Sicherstellung der Unterbringung illegal
Eingereister in der Stadt Kassel**

Antrag der AfD-Fraktion

- 101.18.573 -

Berichtersteller/-in: Stadtverordneter Werl

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, durch Rechtsgutachten prüfen zu lassen, ob eine Verpflichtung der Stadt besteht, die Unterbringung der illegal Eingereisten vom Land zugewiesenen Personen sicherzustellen.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: AfD

Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, Kasseler Linke, Freie Wähler + Piraten

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der AfD-Fraktion betr. Rechtsgutachten betr. Verpflichtung der Sicherstellung der Unterbringung illegal Eingereister in der Stadt Kassel, 101.18.573, wird **abgelehnt**.

Dr. Bernd Hoppe
1. stellvertretender Vorsitzender

Andrea Herschelmann
Schriftführerin